

Die Zukunft der Welt auf dem Prüfstand: Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in „Zeiten der Coronakrise“

Redaktionsteam: Elena Muguruza, Jonas Bauschert, Johannes Lauterbach (Eine Welt-Pro-motor*innen-Programm in Baden-Württemberg) und Mauricio Salazar (Evangelische Akade-mie Bad Boll).



Im Jahr 2015 verabschiedeten die 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs - Sustainable Development Goals)“. Die SDGs stehen für einen Zukunftsvertrag, der es bis 2030 jedem Menschen ermöglichen soll, in Würde, Frieden und einer intakten Umwelt zu leben. Die 17 Ziele hängen miteinander zusammen und verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz. Denn nur so ist es möglich, komplexe globale Probleme wie Armut, Ungleichheit und Klimawandel nachhaltig zu lösen. Aus Perspektive der Menschenrechtsarbeit geht es darum, die Einhaltung der Menschenrechte für alle zu erreichen. Die Umsetzung der SDGs sieht sich mit großen Herausforderungen weltweit konfrontiert. Dies sind zum Beispiel Klimawandel und Umweltzerstörung, Prekarisierung der Arbeitsbedingungen, Ungleichheit und der Vormarsch der rechtsextremen Parteien. Ende 2019 waren fast 80 Millionen Menschen auf der Flucht¹, doppelt so viele wie 1990.

„Wir sind Zeuge einer veränderten Realität, denn Zwangsvertreibungen sind heutzutage nicht nur wesentlich weiterverbreitet, sondern einfach nicht mehr nur ein kurzfristiges und vorübergehendes Phänomen.“

Filippo Grandi, UN High Commissioner for Refugees²

1 www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html

2 Vgl.: www.unhcr.org/globaltrends2019/

Seit einigen Jahren wurde bereits vor einer neuen Schuldenkrise im globalen Süden gewarnt, Ende 2019 gab die Weltbank hierzu einen alarmierenden Bericht heraus.³ Und jetzt ist die ganze Menschheit in die Coronakrise involviert. Diese hat Deutschland in die schwierigste Situation seit Kriegsende gebracht. Sie stellt die ganze Welt und Menschheit vor eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Es ist richtig, dass die meisten Menschen auf dem Planeten schon lange in oft existenziellen Krisensituationen leben und auch, dass wir aus eurozentrischer Sicht globale Krisen gerne erst dann wahrnehmen, wenn sie bei uns ankommen. Die Corona Krise unterscheidet sich dadurch, dass sie nicht nur eine globale Krise ist, sondern global alle direkt betroffen sind.

Die Corona-Pandemie greift Gesellschaften in ihrem Kern an, fordert Menschenleben und zerstört die Lebensgrundlage vieler. Sie zeigt uns, wie zerbrechlich unser System ist. Die Globalisierung spielte und spielt eine zentrale Rolle in der Ausbreitung der Corona-Pandemie, die nicht mehr zu stoppen war. Das macht deutlich, dass in der Welt alles miteinander zusammenhängt, voneinander abhängt und aufeinander angewiesen ist. Bis zum 07.10.20 sind weltweit 1.050.188 Menschen am Coronavirus gestorben und 35.832.271 Millionen erkrankt (Stand 07.10.20). Diese Pandemie zeigte und verschärfte binnen weniger Tage die Wunden und Baustellen unserer Ökonomie und Gesellschaft in dramatischer Weise. Wieder einmal erkennen wir, dass die Umsetzung der Lösungsansätze hinausgezögert wurde und wird. Ein Zurück zum Alten oder „weiter so“ darf es nicht mehr geben. **Die Welt muss nach der Coronakrise eine Andere werden, sonst verpassen wir diese historische Chance.** Anhand einiger SDGs soll das vorliegende Papier die „Wunden und Baustellen unserer Ökonomie und Gesellschaft“ darstellen, mit Beispielen untermauern und Richtungen für Lösungsansätze aufzeigen.

3 Vgl.: www.worldbank.org/en/news/press-release/2019/12/19/debt-surge-in-emerging-and-developing-economies-is-largest-fastest-in-50-years

Ziel 2: Hunger überwinden



Auch ohne die durch die Corona-Maßnahmen verursachte Weltwirtschaftskrise ist die Anzahl der weltweit von Hunger betroffenen Menschen seit 2015 wieder am Ansteigen. 821 Millionen, d.h. jeder neunte Mensch auf der Erde, leiden chronisch an Hunger, 135 Millionen sind vom Hungertod bedroht. Im April 2020 warnte der Chef des UN Welternährungsprogramms vor einer drohenden Hungerpandemie aufgrund der Corona-Krise, mit einer möglichen Verdopplung der Verhungerten.⁴

Mit dem SDG 2 Zero Hunger, hat sich die Weltgemeinschaft vorgenommen, bis 2030 alle Formen des Hungers und der Mangelernährung zu beseitigen. Damit dieses Ziel angesichts der aktuellen Entwicklungen erreicht werden kann ist mehr nötig als Appelle und ein paar Millionen EUR aus dem Bundeshaushalt für das Welternährungsprogramm. Die Ursachen für Hunger sind vielfältig und sie sind vor allem strukturell bedingt. Die Corona Krise wirft ein schonungsloses Licht auf diese Strukturen:

Armut verursacht Hunger, aber Armut ist kein Schicksal, sondern entsteht, wenn Menschen systematisch von der Teilhabe an Produktion, Verteilung und Wertschöpfung ausgeschlossen oder nur unzureichend beteiligt sind. Dies geschieht zum Beispiel dort wo Menschen zwar Arbeit in Fabriken in den globalen Lieferketten finden, diese Arbeit aber nicht mindestens Existenz-sichernd entlohnt wird. Hier liegt eine enge Verbindung zwischen den SDG 1, 2 und 8. Die von Weltbank, Internationalem Währungsfonds, der Welthandelsorganisation und der EU in ihren bilateralen Freihandelsverhandlungen einseitig vorangetriebene Freihandels- und Investorenschutzpolitik hat viele Länder des Südens in eine erweiterte strukturelle Abhängigkeit vom Weltmarkt gedrängt. Wir erleben in der Corona Krise wie die Abhängigkeit von globalen Lieferketten zu Engpässen und Ungerechtigkeit in der Verteilung lebensnotwendiger Medizin-Güter führt. Aber viele Länder des Südens erleben dies in der

⁴ <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/wfp-chef-warnt-vor-hungerpandemie-wegen-covid-19-vor-un-sicherheitsrat>

Nahrungsmittelversorgung schon lange. Die heimische Agrarproduktion, insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft wurde durch billige Agrarimporte aus Ländern mit hochsubventionierter industrieller Landwirtschaft verdrängt. Gerade die Landbevölkerung gehört zu der am meisten von Hunger bedrohten Bevölkerungsgruppe. Landraub, Finanzmarkt-Spekulation auf Agrarpreise und die Konkurrenz durch Verwendung von Agrarprodukten und Anbauflächen für Industrierohstoffe kommen hinzu, Aber mitten in der Corona-Krise wurde auf Druck des IWF das Ackerland der Ukraine – das zu den fruchtbarsten der Erde gehört – zum Kauf freigegeben⁵. In Brasilien nimmt der Landraub zugunsten von Futtermittelproduktion für die Fleischproduktion in Europa weiter zu.

Ein Lösungsansatz der globalen Kleinbauernbewegung La Via Campesina lautet Ernährungssouveränität. Es beinhaltet das Recht jeder Gemeinschaft, über ihre Nahrungsmittelproduktion selbst zu entscheiden. Dafür wäre notwendig das Welthandelssystem grundlegend zu ändern, das derzeit die Kleinbauern systematisch benachteiligt obwohl diese den größten Teil der Weltbevölkerung ernähren. Der Schutz heimischer Märkte durch Importzölle oder -stopps auf Nahrungsmittel aus subventionierter und industrialisierter Agrarproduktion wären nötig. Anstelle einer grünen oder gentechnischen Revolution der Landwirtschaft für Gewinne von internationalen Großkonzernen, bietet der Weg der Kleinbauern an lokale Verhältnisse angepasste Produktion mit geringem Investitionsaufwand und hoher Resilienz für den lokalen Bedarf.

An dieser Frage wird sich entscheiden ob wirklich jedes Menschenleben auf der Erde gleich viel wert ist. Die Regierungen der westlichen Industriestaaten waren – wie schon in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 – in der Lage innerhalb kürzester Zeit Billionenbeträge zur Stützung der eigenen Wirtschaft bereitzustellen. **Wann sind sie endlich bereit die Finanzmittel und vor allem die politischen Rahmenbedingungen für die Überwindung des Hungers zu beschließen?**

5 www.agrarheute.com/management/recht/ukraine-verkaufsverbot-ackerland-aufgehoben-566951

Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten



Die desaströse Situation der globalen Gesundheitsversorgung.

Mit ihrem zentralen Anliegen, menschenwürdiges arbeiten und leben zu erreichen, leisteten und leisten die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und andere Organisationen der Zivilgesellschaft große Beiträge zur Bildung des Sozialstaates in vielen Ländern der Welt. Besonders die Gewerkschaften kämpfen seit ihrem Bestehen für höhere Einkommen und kürzere Arbeitszeiten, für mehr Mitbestimmung im Betrieb und die Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Als Folge davon konnten in vielen Ländern die dafür notwendigen Strukturen etabliert werden. Ein Dialog mit den Gewerkschaften im Sinne einer nachhaltigen Transformation ist notwendig.

In den 1990ern wurde der Neoliberalismus zur herrschenden Ideologie vieler Länder der Welt. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung galten als Allheilmittel. Dadurch folgten der Rückbau des Sozialstaates und die Deregulierung zugunsten der Sicherung weltweiter Wettbewerbsvorteile und des Wirtschaftswachstums. Hierzu zählt auch die Privatisierung der sozialen Absicherung. Dies hat für die Mehrheit der Menschen aus Ländern des globalen Südens extreme und gravierende Konsequenzen. So wurden in vielen Ländern der Welt die Ausgaben im Gesundheitssektor drastisch reduziert. Die Gesundheitsversorgung wurde dadurch heruntergewirtschaftet. In den 90 Jahren in Lateinamerika folgte das aufgrund der Einführung der Strukturanpassungsprogramme des IWF zur Sanierung der Wirtschaftskrise der Länder dieser Region. Dies waren die Bedingungen, um die IWF-Unterstützung zu erhalten. Die Länder des globalen Südens stecken in der Corona-Pandemie mit einem anfälligen Gesundheitssystem, das sich in einer dramatischen Lage befindet. Die Coronakrise offenbart die katastrophalen Folgen dieser Sparmaßnahmen für das Überleben der Menschen.

„Es ist eine berechtigte Frage, warum internationale Pharmaindustrie, die von der Öffentlichkeit stark subventioniert wird, überhaupt existieren sollte. Warum sollte sie nicht sozialisiert, ja sogar unter die Kontrolle der Arbeiter und der Gemeinschaft gestellt werden, um sich den menschlichen Bedürfnissen zu widmen, anstatt sich den Anforderungen des konzentrierten Reichtums und der privaten Macht zu widmen?“

Noam Chomsky⁶

6 Interview in The Wire, 18.05.20: <https://thewire.in/world/noam-chomsky-interview-covid-19-pandemic-capitalism-neoliberalism-us-hegemony>

Ziel 8: Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern



Wirtschaftssituation weltweit

Wegen der Coronakrise steckt die Weltwirtschaft in einer globalen Rezession. Sie ist womöglich die tiefste, die jemals ohne Kriegseinwirkungen im Westen gemessen wurde. Deutschlands Wirtschaftsleistung wird im Gesamtjahr 2020 um rund sechs Prozent einbrechen.⁷

Prekäre Arbeitsverhältnisse weltweit

Die prekären Arbeitsverhältnisse und deren Ursprünge knüpfen direkt an die Ausführungen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik in SDG 3 an. So wird deutlich, dass der Rückbau des Sozialstaates auch die Arbeitsbedingungen weltweit verschlechtert hat.

Das Normalarbeitsverhältnis, das lange Jahre grundlegender Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft war, geht verloren. Ein großer Teil der Menschen im erwerbsfähigen Alter arbeitet unter prekären Arbeitsverhältnissen weltweit. Millionen Menschen können von ihrer Arbeit kaum leben. Ihre Jobs sind schlecht bezahlt und unsicher, ihre Lebensumstände instabil. Durch die Coronakrise verschlechtert sich diese Situation auf dramatische Weise. Knapp 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in den Ländern des Globalen Südens befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie arbeiten als Tagelöhner*innen, häufig ohne Vertrag und ohne soziale Absicherung (ILO: World Employment and Social Outlook – Trends 2017). Durch die strengen Ausgangssperren vielerorts im Frühjahr 2020 haben die Menschen ihre Einnahmen verloren, mit denen sie von Tag zu Tag ihre Familien ernähren. Zudem sind die Preise für Grundnahrungsmittel gestiegen. Darüber hinaus gehen durch die Coronakrise Millionen von Arbeitsplätzen verloren und tendenziell wird sich diese Situation verschlimmern. In den USA beantragten seit März 2020 mehr als 33 Millionen Menschen Arbeitslosenhilfe.

Die Privatisierung der Rentenversicherung ist auch eine Folge des Abbaus des Sozialstaates. In vielen Ländern Lateinamerikas wurde das Rentenversicherungssystem vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren (private Rentenversicherung) umgestellt. Viele Beschäftigte haben dadurch den Zugang zu einer solidarischen und öffentlichen

⁷ <https://www.sueddeutsche.de/politik/wirtschaftswachstum-einbruch-bip-prognose-corona-1.4888967>

Rentenversicherung verloren. Das Kapitaldeckungsverfahren hängt von der Stabilität der Kapitalmärkte ab und ist damit den Risiken von Inflation und Kursverlusten ausgesetzt. Durch die Coronakrise ist es an den Börsen zu größeren Kursverlusten gekommen. Viele Menschen sind in Lateinamerika dieser Situation ausgeliefert. Doch dieses Rentensystem bereichert große Unternehmen auf Kosten der Rentner.

Trotz der massiven Reisebeschränkung aufgrund der Coronakrise wurden Erntehelfer*innen nach Deutschland eingeflogen. Jedes Jahr braucht die Landwirtschaft zusätzliche Saisonarbeitskräfte, um die Obst- und Gemüseernten bewältigen zu können. Im April und Mai 2020 sollen 80.000 ausländische Erntehelfer*innen in Deutschland arbeiten.

„Nur unter der Maßnahme strenger Schutzmaßnahmen wurde das Einreiseverbot für Erntehilfskräfte gelockert. Doch diese werden offenbar teils missachtet. „Das Gesundheitsamt des Landkreises Nienburg hat nach einem NDR-Bericht bei einer Kontrolle auf einem Spargelhof in Hoyerhagen gravierende Verstöße gegen die Corona-Regeln festgestellt. In dem Bericht heißt es weiter, dass Quarantänevorschriften nicht erfüllt und Hygienemaßnahmen nicht umgesetzt worden seien.“

NDR 1 Niedersachsen 24.04.2020

Lieferketten sind heutzutage enorm komplex. In den letzten Jahren sind die Wertschöpfungsketten bzw. Produktionsketten feiner aufgegliedert worden. Jeder einzelne Fertigungsschritt konnte schnell an einen anderen Ort der Welt verlegt werden, wenn dort günstige Herstellungsbedingungen vorhanden sind. Diese weltumspannenden Lieferketten sind schwer zu überwachen. Dadurch kommt es immer wieder zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch Wirtschaftsunternehmen. Die Auswirkungen der Coronakrise auf die Einhaltung der Menschenrechte entlang der Lieferketten sind dramatisch. Und gerade in diesen Tagen zeigt sich, wie wenig einige Unternehmen über ihre eigenen Lieferketten wissen. So wurden beispielsweise viele Textilbestellungen in den letzten Wochen und Monaten aus Bangladesch und Indien ausgesetzt. Durch diese Stornierungen konnten viele Zuliefer*innen ihre Arbeiter*innen nicht mehr bezahlen und mussten diese entlassen.⁸

⁸ Weitere Infos unter: <https://lieferkettengesetz.de/2020/04/09/die-corona-krise-im-globalen-sueden/>

Ziel 10: Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern



Extreme Ungleichheit weltweit

Acht Milliardäre besitzen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (50 % der Weltbevölkerung). Laut einer Studie von Oxfam im Jahr 2017 ist die Lücke zwischen Arm und Reich größer als bis dahin angenommen. Nach einem Bericht dieser Organisation im Januar 2019 sind die Vermögen der Milliardäre in den zehn Jahren seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, die weltweit enormes Leid verursachte, drastisch gestiegen. Etwa um zwölf Prozent (durchschnittlich 2,5 Milliarden US-Dollar pro Tag). Während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung Einbußen von 11 Prozent (durchschnittlich 500 Millionen US-Dollar pro Tag) erlitten hat. Diese extreme Ungleichheit, die in unserer Welt herrscht, wird durch die Coronakrise noch einmal verdeutlicht.

Zwar sind alle Menschen vor einem Coronavirus gleich. Es macht keinen Unterschied zwischen Arm und Reich. Aber eine Krankenversicherung ist in vielen Ländern der Welt teuer. Viele Betroffene können sich eine medizinische Behandlung nicht leisten, weil sie arm sind. Außerdem ist der Schutz vor Ansteckung in beengten Lebensverhältnissen fast unmöglich. Wenn dazu Zugang zu sauberem Wasser fehlt, wird die Situation noch dramatischer. Wie zum Beispiel in Griechenland, wo rund 100 000 Migrant*innen dicht gedrängt in Lagern leben. In der Regel sind die Zustände von Flüchtlingslagern unmenschlich und entwürdigend. So sind diese Menschen der Corona-Pandemie ausgeliefert.

Die Mehrheit der Menschheit lebt von ihrer Arbeit. Ihr Überleben hängt davon ab. Für die Menschen, die ohne rechtliche Garantien unter prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten, haben die Beschränkungen des öffentlichen Lebens schwerwiegende Folgen. Viele von ihnen leben von einem Tag zum anderen. Diese Menschen können nicht mehr arbeiten gehen und somit kein Geld verdienen. Weltweit werden Millionen von Menschen nach der Coronakrise noch ärmer sein.

Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen



Klimagerechtigkeit wie geht es weiter?

Im Jahr 2019 hat sich der Klimawandel erneut mit Rekorden bemerkbar gemacht. In ihrem jährlichen Bericht "State of the Global Climate" zieht die Welt Meteorologie Organisation (WMO) eine erschreckende Bilanz der Messdaten sowie der Auswirkungen des Klimawandels auf Natur, Gesundheit, Ernährungssicherheit und Migration. Hitzewellen, Waldbrände und schmelzendes Eis zeigen, wie schnell die Erderwärmung voranschreitet. Angesichts der fortschreitenden Klimakrise ruft die WMO die Weltgemeinschaft dringend zum Handeln auf.

Nach einer WWF-Studie von 2018 bedroht der Klimawandel Tiere und Pflanzen in besonders artenreichen Gebieten, wie zum Beispiel Madagaskar oder dem Amazonas. Bei einer Erwärmung der Erde um 4,5 Grad in 60 Jahren wird knapp die Hälfte aller Arten in diesen Lebensräumen ausgestorben sein.

„Der britische Klima-Informationdienst "Carbon Brief" schätzt den Rückgang aufgrund des Coronakrise in einer detaillierten Analyse auf mindestens 1600 Millionen Tonnen CO₂, das wären etwa vier Prozent der globalen Emissionen von 2019. Wie sich das Virus langfristig aufs Klima auswirkt, hängt damit vor allem von den Schritten zur Überwindung der ökonomischen Krise ab - und damit auch von den milliarden schweren Konjunkturpaketen, die dafür absehbar geschnürt werden. Es wäre eine Chance, würde nach der Krise in klimafreundliche Technik investiert. Aber es kann eben auch ganz anders laufen - wie in der Krise 2009, als eine Bundesregierung mit Abwrackprämien für alte Autos den Autokonsum ankurbelte und Milliarden in neue Straßen steckte. In Industrie und Politik werden bereits Stimmen laut, die bisherige Umweltschutzmaßnahmen zugunsten der Wirtschaft zurückdrehen wollen.⁹

⁹ Vgl: www.sueddeutsche.de 12.04.2020

Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen



Unser Planet erholt sich (Eine Schonzeit für die Natur)

Seitdem die Menschheit durch Corona stillsteht, erholt sich unser Planet von den Abgasen, die Autos und Fabriken täglich in die Luft pusten. Von den Treibhausgasen, die Lang- und Kurzstreckenflüge verursachen. Von den Müllbergen, die Touristenströme weltweit normalerweise zurücklassen. Anhand des Earth Overshoot Day wird jährlich festgehalten, wie wir auf Kosten unserer Natur und unseres Planeten wirtschaften. „Der letztjährige „Earth Overshoot Day“ war der 29. Juli, 2020 kommt er drei Wochen später. Corona hat für einen niedrigeren Ressourcenverbrauch gesorgt“.¹⁰ Doch diese Aussage lässt sich nicht verallgemeinern und auf eine Verbesserung der Luftqualität sowie einem Rückgang der CO₂-Konzentration generell beziehen. Nachhaltig wird diese Veränderung nur dann sein, wenn auch der wirtschaftliche Wiederaufbau sozial- und umweltverträglich abläuft. Eines zeigt uns die Verschiebung des Earth-Overshoot-Days aber allemal: Eine Reduktion der wirtschaftlichen Leistungen hat direkte Auswirkungen auf unsere Umwelt!

Die Coronakrise ist eine menschengemachte Krise

Nach den Recherchen des US-Wissenschaftsjournalist, David Quammen gefährdet die verbreitete Zerstörung der Natur die menschliche Gesundheit. Durch diese Zerstörung entstehen neue Krankheiten. Wenn wir Lebensräume zerstören, die Artenvielfalt gefährden, lassen wir wilde Tiere immer näher an uns herankommen. Die Folge: Sie übertragen Krankheiten, tot oder lebendig. So kommen wir immer mehr zu einem direkten Kontakt einer großen Anzahl von Viren. In den letzten 50 Jahren sind in den tropischen Wäldern Afrikas und Asiens schwere Krankheiten aufgetreten. Tiefe Eingriffe in die Natur sind auch Mitschuld an der aktuellen Pandemie, die im chinesischen Wuhan ihren Ausgang genommen hat. Sie ist eine menschengemachte Krise.

¹⁰ Vgl.: <https://taz.de/Earth-Overshoot-Day-verschoben/!5690699/>

Schlussfolgerungen: Lehren aus der Coronakrisen

Was kommt nach der Coronakrise und wann beginnt dieses „Danach“? Wird alles wieder wie zuvor? Werden gerade die Weichen für eine sozial-ökologische Transformation gestellt? Machen wir (du, ich, unsere entwicklungspolitischen Organisationen) nach der Krise weiter so? Was ändert sich im Alltag und unserer Arbeit? All diese Fragen begleiten uns aktuell vermehrt und werden uns auch in der kommenden Zeit weiter begleiten. Dass nach der Krise alles anders oder gar besser wird, können wir nicht als gegeben annehmen. Dennoch zeigt uns die aktuelle Krise, zu was wir Menschen, die Gesellschaften und die Regierungen fähig sind – und zwar in sehr kurzer Zeit und in einem unvorstellbaren Ausmaß. Plötzlich stehen nicht nur das eigene Wohlergehen und die wirtschaftlichen Erfordernisse im Vordergrund, sondern wir leben und erleben Solidarität. Wir nehmen mehr Rücksicht aufeinander, Arbeitnehmer*innen wird in großem Umfang Home-Office ermöglicht, Arbeitszeiten werden flexibilisiert, Konferenzen, Tagungen, selbst internationale Treffen von Politiker*innen finden per Videokonferenzen statt. All diese Prozesse führen uns vor Augen, dass ein Wandel in unserer Gesellschaft funktionieren kann, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Gemeinsam mit und für alle Menschen. Die möglichen längerfristigen Folgen der Corona-Pandemie für die Weltwirtschaft und die einzelnen Länder sind gewaltig. Die Zukunft unserer Welt hängt davon ab, wie diese weltweite Wirtschaftskrise, der Umgang damit und vor allem die nachhaltigen Schritte geregelt werden. Dann wäre es möglich, dass die Lehren aus dieser menschlichen Krise, gerechtere und widerstandsfähigere Gesellschaften entstehen lassen und die Versprechen der Agenda 2030 und der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung einlösen können. Doch die sozialen Bewegungen und die Zivilgesellschaft der ganzen Welt werden für diese Transformation kämpfen müssen und sollen. Nach einem Bericht von ipsos „stimmen weltweit fast neun von zehn Befragten (86%) darin überein, dass sich die Welt nach Bewältigung der Pandemie stark verändern und nachhaltiger und gerechter werden sollte“. In Peru sind es 93%.¹¹

"Ich hoffe, dass die gegenwärtige Gefahr den automatischen Gang der Dinge unterbricht, unser schlafendes Gewissen aufrüttelt und eine menschliche und ökologische Umkehr bewirkt, die die Vergötzung des Geldes beendet und stattdessen die Würde und das Leben ins Zentrum rückt. Unsere so wettbewerbsorientierte und individualistische Kultur mit ihren frenetischen Rhythmen von Produktion und Konsum, mit ihrem übertriebenen Luxus und übermäßigen Gewinnspannen für wenige, muss eine Veränderung durchlaufen, umdenken und sich neu strukturieren."

Papst Franziskus, Brief an die sozialen Bewegungen. April 2020

11 Vgl. https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2020-09/ipsos-pi_wef_new_normal_sep2020-de-w7-757.pdf